

Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden

9. Band 1918 · Heft 4

H. Oncken

Über die Zusammenhänge zwischen  
äußerer und innerer Politik



Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

**Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Dresden**

**Vorträge der Gehe-Stiftung**

**Band I.** [233 S.] gr. 8. 1909. Geheftet M. 4.80.

Inhalt: Regierung und Parlament in Deutschland: Geh. Hofrat Prof. Dr. G. Jellinek. — Staat und Stadt: Prof. Dr. H. Preuß. — Die Beteiligung der Laien an der Strafrechtspflege: Landgerichtsrat a. D. W. Kulemann. (1.40.) — Das Vereinswesen u. seine Bedeutung: Geh. Justizrat Prof. Dr. A. Leift. — Die Lage und das Schicksal der unehelichen Kinder: Prof. Dr. O. Spann. — Reichsfinanzen und Landesfinanzen: Geh. Hofrat Prof. Dr. R. Wuttkef.

**Band II** [290 S.] gr. 8. 1910. Geheftet M. 6.—

Inhalt: Der Prozeß und die staatsbürgerlichen Rechte: Geh. Hofrat Prof. Dr. Richard Schmidt. — Beruf, gesellschaftliche Gliederung und Betrieb im Deutschen Reiche: Präsident a. D. Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. R. van der Borcht. (2.80.) — Die Reform der Gesetzgebung in Strafrecht und Strafprozeß: Prof. Dr. S. van Calker. — Die Polizei: Geh. Hofrat Prof. Dr. G. Anshüg. — Staatsbürgerliche Erziehung: Prof. Dr. Fr. W. Foerster.

**Band III.** [188 S.] gr. 8. 1911. Geheftet M. 5.—

Inhalt: Der Unternehmerstand. Geh. Reg.-Rat Prof. L. Pohle. (1.40.) — Der moderne Mittelstand. Geh. Hofrat Prof. Dr. J. Pierstorff. — Der Beamtenstand: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. O. Hingge. (2.—) — Das Zeitungswesen. (Der Literatenstand und die Presse): Direktor der Frankfurter Zeitung Th. Curti.

**Band IV.** [192 S.] gr. 8. 1912. Geheftet M. 6.—

Inhalt: Das Reichsland Elsaß-Lothringen: Prof. Dr. H. Rehm. (1.60.) — Die staatsbürgerliche Freiheit u. das freie Ermessen der Behörden: Geh. Justizrat Prof. Dr. P. Wertmann. (—80.) — Marokko: Prof. Dr. C. Dove. — Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts: Prof. Dr. S. Eulenburg. (2.40.) — Die Bildung von Industriebezirken u. ihre Probleme: Prof. Dr. W. Kähler. (—80.)

**Band V.** [137 S.] gr. 8. 1914. Geheftet M. 3.60.

Inhalt: Religion und Wirtschaft: Geh. Regierungsrat Prof. D. Dr. Ernst Troeltsch. — Die wirtschaftliche Bedeutung des deutschen Militärwesens: Prof. Dr. R. Hoeniger. — Das Problem der Lebenshaltung: Prof. Dr. Adolf Günther. (2.—)

**Band VI.** [145 S.] gr. 8. 1914. Geheftet M. 3.20.

Inhalt: Die politische Bildung in England: Dr. E. Schulze. — Die Behandlung der sogenannten Gewohnheitsverbrecher im künftigen Strafrecht: Geh. Hofrat Prof. Dr. Ph. Allfeld. (—80.) — Die Notwehr der Parlamente gegen ihre Mitglieder: Erg. Wirtl. Geh. Rat Prof. Dr. K. Binding. — Die Weltlage Europas seit den Befreiungskriegen: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Th. Lindner. (—80.)

**Band VII.** [123 S.] gr. 8. 1915. Geheftet M. 3.20.

Inhalt: Das städtische Beamtentum im Mittelalter: Geh. Hofrat Prof. Dr. K. Bücher. (—80.) — Krieg u. Sozialpolitik: Geh. Hofrat Prof. Dr. W. Stieda. (—80.) — Das deutsche Volk und der Osten: Geh. Rat Prof. D. Dr. D. Schäfer. — Die Staatsauffassung der Franzosen: Prof. Dr. S. Fleiner. (—80.)

**Band VIII.** [165 S.] gr. 8. 1917. Geheftet M. 4.40.

Inhalt: Der Imperialismus u. der Weltkrieg: Geh. Rat Prof. Dr. E. Marcks. (—60.) — Die Zukunft des Völkerrechts: Geh. Justizrat Prof. Dr. H. Triepel. — Bulgarien und Rußland: Prof. Dr. H. Heberberger. (—80.) — Der Krieg als Lehrmeister auf dem Gebiete des Rechts: Prof. Dr. J. W. Hedemann. (—80.) — Die Staatsauffassung der Engländer: Prof. Dr. J. Hatschek. (—80.) — Die Reform der staatswissenschaftlichen Studien unter besonderer Rücksichtnahme auf die Kriegserfahrungen: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. H. Hertner. (—80.)

**Band IX.** (Noch nicht abgeschlossen.)

Inhalt: Die Bedeutung der Reformation für die politische Entwicklung: Geh. Hofrat Prof. D. Dr. G. v. Below. — Bevölkerungspolitik der Gegenwart: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. J. Wolf. — Kriegerheimstätten und Wohnungsfürsorge: Prof. Dr. C. J. Fuchs. — Über die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik: Geh. Rat Prof. Dr. H. Wenden. — Das Problem der Valuta-Entwertung: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. L. Pohle. (1.20)

Einzelne Vorträge, wenn nichts anderes bemerkt, je M. 1.—

Hierzu: Erweiterungszuläge des Verlages und der Buchhandlungen

Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden · Band IX  
Heft 4

---

---

# Über die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik

Vortrag gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden  
am 5. Oktober 1918

von

Professor Dr. Hermann Oncken  
in Heidelberg



Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 1919

ISBN 978-3-663-15224-8      ISBN 978-3-663-15787-8 (eBook)  
DOI 10.1007/978-3-663-15787-8

Hans Delbrück

dem Historiker und Politiker

zum 70. Geburtstag

(11. November 1918)

in Verehrung

## Vorwort.

Dieser im September niedergeschriebene Vortrag war schon durch die jüngste Entwicklung dahin gedrängt worden, der Erörterung des historisch-politischen Problems, dessen Gewicht sich im Verlaufe des Weltkriegs immer gewaltiger auf uns gelegt hatte, zum Schluß eine unmittelbare Anwendung auf die Forderungen der Stunde zu geben.

Der Zufall wollte es dann, daß der Vortrag an demselben 5. Oktober gehalten wurde, an dem die neue Reichsregierung mit ihrem dem Präsidenten Wilson unterbreiteten Vorschlage des Waffenstillstandes vor das Volk trat. In jener Stunde waren für den Fernerstehenden die entscheidenden Gründe für diese Wendung nach innen und außen nur zum Teil erkennbar. Erst in den nächsten Tagen begann sich der wahre Motivenzusammenhang zu enthüllen: daß die Erkenntnis einer fundamentalen Verschiebung unserer äußeren Weltlage dazu genötigt hatte, mitten im Kampfe um Leben und Tod des Reiches der Schöpfung Bismarcks ein neues Rückgrat einzufügen. Den Bemühungen um die innere Neuordnung, die uns so lange gefangen hielten, war ein gutes Stück jener vorausblickenden Freiwilligkeit genommen, die in einem früheren Augenblick möglich gewesen wäre, und von dem Zwange wurde eine Flut unabsehbarer Weiterwirkungen ausgelöst, die nunmehr alle Befürchtungen weit hinter sich ließen. Ein weltgeschichtliches Paradigma für die Zusammenhänge von innerer und äußerer Politik von so erschütterndem Umfange, wie es sich kein Deutscher hätte träumen lassen. Es wird uns beschäftigen, solange wir leben.

So tief der Umschwung des Oktober 1918 in die deutsche Geschichte für alle Zeiten eingreift, so bleibt die Problemstellung, die sich für ein Reich von der Weltlage Deutschlands ergibt, mit all ihren Lösungsmöglichkeiten doch an die grundsätzlichen Voraussetzungen gebunden, die in meinen Betrachtungen — in einem Rahmen, der nur die Andeutung, nirgends die Erschöpfung der Frage erlaubte — zu entwickeln versucht worden sind. Die große Schicksalsfrage der Zukunft, für unser Volk wie für seine demokratische Neuordnung, ist darin beschlossen: wie es dem neuen deutschen Staate gelingen wird, eine wahre Synthese von Macht und Freiheit zu finden.

Zu denjenigen Deutschen, die in ihrer Lebensarbeit die tiefe Bedeutung dieser Probleme erkannt und ihre Erkenntnis während des ganzen Krieges mannhaft vertreten haben, gehört in vorderster Reihe der Mann, dessen Namen diese bescheidenen Blätter tragen. Dem Siebzigjährigen ist auch in schweren Tagen das Auge nicht verdunkelt, die Hand nicht ermattet gewesen. Möge es ihm vergönnt sein, in seiner Arbeit für die Nation fortzuwirken wie bisher: furchtlos und klug, wirklichkeitsoffen und zukunftsfreudig.

Heidelberg, den 1. November 1918.

**Hermann Oncken.**

Wenn wir heute, mitten im Weltkriege, von dem Zusammenhange zwischen innerer und äußerer Politik sprechen, so wird dieser Zusammenhang als eine Selbstverständlichkeit von uns empfunden, die gar keiner Erörterung bedarf. Zwischen den beiden Reihen des inneren und äußeren Geschehens im Völkerleben wogen heute die Wechselwirkungen so atemlos hin- und herüber, daß ihre alten Grenzlinien mehr und mehr zu verfließen scheinen und die absolute Einheit beider Sphären mit jedem neuen Tage neu erlebt wird. Nur die Jugendzeiten politischer Unreife können noch jene frühere landläufige Meinung erklären, als ob die Welten der innern und äußern Politik grundsätzlich voneinander zu sondern und auch praktisch in einer Art von getrennten Buchführung auseinanderzuhalten seien, bei der die Aufgabe der Volksvertretung wesentlich in dem einen Gebiete liege, während das andere den Organen der Regierung, den diplomatischen Sachleuten vorbehalten bleiben müsse. Aber wenn die Tatsache eines höchst innerlichen Zusammenhangs heute auch von niemandem geleugnet werden wird, so herrscht keineswegs die gleiche Klarheit, wenn es sich darum handelt, das Wesen dieses Zusammenhangs zu ermitteln oder gar praktische Folgerungen aus dieser Wesensbestimmung zu ziehen: schon bei dem ersten Schritte macht man die Erfahrung, daß ein geschichtliches Erkenntnisproblem ersten Ranges und, wenn wir weitergehen wollen, ein zentrales Problem aller praktischen Politik dabei in Frage steht.

Was nun bisher für die Behandlung dieses Problems geschehen ist, entspricht nicht von ferne seiner Bedeutung. Die Antworten, die uns die Theorie zu gewähren vermag, fallen ebenso mager aus wie



die Ergebnisse, die wir von den Praktikern der Staatskunst heimbringen. Wenn wir die wissenschaftlichen Darstellungen der Politik aufschlagen, ob sie nun von juristischer oder geschichtlicher Grundlage ausgehen, wenn wir die Denker der Staatslehre und des Staatsrechts befragen oder uns schließlich bei Geschichtsphilosophen, Geschichtstheoretikern und selbst manchen Geschichtsschreibern Rats zu erholen versuchen, so ist der Ertrag durchweg der gleiche: das Problem wird in der Regel überhaupt nicht behandelt oder, wenn es gelegentlich einmal gestreift wird, jedenfalls nicht bis in seine Tiefen durchleuchtet. Gibt es doch genug Staatslehren und Verfassungsgeschichten, die ihr Thema nach dieser Seite hin völlig isolieren, unbekümmert darum, daß der Staat, dessen Wesensbedingungen und innere Struktur sie entwickeln, doch während dieser ganzen Entwicklung ein Staat unter Staaten, d. h. ein von seinen äußeren Beziehungen bald gefördertes, bald gehemmtes, stets aber bis in das Grundgefüge seines inneren Aufbaus hinein bestimmtes Ganze ist, dessen theoretische Wesenserklärung von dieser ursprünglichsten Lebensbedingung unter keinen Umständen absehen sollte. Auf der andern Seite ist aber auch das alte Geschlecht jener historischen Haupt- und Staatsaktionen noch immer nicht ausgestorben, in denen wohl eine äußerliche Entladung von Kräften gezeigt wird, aber diese Kräfte selbst in ihrem innern Zusammenhange nicht begriffen werden.

Wenden wir uns dagegen von der Gelehrsamkeit zu der Praxis des Lebens selber, so könnten die Ausichten für eine wirkliche Antwort hier günstiger liegen. Die großen Staatenlenker, die beides, die Leitung nach innen und außen, in ihrem Wirken vereint beherrschen, verfügen intuitiv über die klare Erkenntnis eines bestehenden Wechselverhältnisses zwischen innerer und äußerer Politik, denn es ist der Grund, auf dem sie stehen, und die Luft, in der sie atmen. Aber wie sie sich nur selten über die Prinzipien aller Politik aufschlußreich äußern, so werden sie am wenigsten geneigt sein, ihren Einblick in jenes Wechselverhältnis, das ihnen nur in den konkreten

Erfahrungen ihres Landes geläufig ist, auch in der Form grundsätzlicher, allgemeiner Betrachtung wiederzugeben. Während die Theorie an Dingen vorbeigeht, die augenscheinlich von dem konkreten Leben der Besonderheit gar nicht abzulösen sind, widerstrebt es staatsmännischer Kunst nicht minder, ihr eigentlichstes Tun in wissenschaftliche Begriffsbestimmungen zwingen zu lassen. Am ehesten gelingt es noch der allgemeinen Historie, in ihrer Praxis die Spannung zu überbrücken, Wird sie doch auf Schritt und Tritt dazu gedrängt, die Fäden aufzuzeigen, die das innere Dasein der Völker mit ihrem äußeren Dasein verknüpfen. Und wenigstens auf ihren Höhepunkten nähert sie sich der Erkenntnis, auf die es ankommt: daß in diesen Verknüpfungen so etwas wie das innerste Geheimnis alles weltgeschichtlichen Geschehens versteckt liegt, das zwar, wie alle Geheimnisse, sich nicht in Formeln pressen oder in Systemen vergeistigen läßt, aber dafür an die Wurzeln des Lebens rührt und nur wie das Leben selber angeschaut werden kann.

I.

Von den Historikern aller Zeiten hat keiner so unmittelbar in dieser Anschauung gelebt wie Ranke. Sein Erkenntniswille ist am eindringlichsten auf diesen einen Punkt gerichtet, in dem er einen der verborgenen Hebel aller großen Geschehnisse ahnt. Und welche Strahlen von Licht sind von seinen Werken ausgegangen, um vermöge dieser unlöslichen Verbindung zwischen Innerem und Äußerem gerade das Isolierte, Zufällige, Verworrene der menschlichen Dinge allumfassend zu erklären. So hat Ranke als der Erste selbst einen so geistigen Vorgang wie die Reformation in seinem Verlaufe aus der allgemeinen politischen Konstellation verstehen gelehrt, indem er begreiflich machte, wie sich der deutsche Protestantismus allein in dem universalen Zusammenhange durchsetzen konnte, in den nun einmal die Weltstellung Karls V. inmitten der großen Mächte seiner Zeit gebannt war: damit läßt er die entscheidende innere Wendung neuerer Zeiten letztlich doch in der politischen Dynamik ihrer Epoche wurzeln. Dasselbe Erkenntnisprinzip

dehnt er auf Ereignisse in dem Innenleben der Völker aus, die man bisher ausschließlich aus ihren eigenen Wurzeln verstehen zu können vermeint hatte. Selbst wenn er sich der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts zuwendet, deren Entstehung und Ablauf gerade die Engländer in völliger insularer Isolierung anzusehen sich begnügt hatten, so erhebt er sich gleich im Eingang zu dem Satze: „Die parlamentarische Sache hatte auch an sich eine große Bedeutung; tieferen Antrieb, Leben und Blut empfing sie aber erst durch ihr Zusammentreffen mit der auswärtigen Politik und der Religion“ — und von diesem Punkte wird das, was man bisher in den Formen eines ungeheuren Zivilprozesses zwischen königlichem und parlamentarischem Rechte sich vergegenwärtigt hatte, in einem tieferen Sinne verständlich. Und so hat er denn auch das noch mächtigere Ereignis der französischen Revolution, das vordem immer wieder von den Parteien, je nach ihrer Stellung, aus innerfranzösischen Ursachen allein zu erklären versucht wurde, zum ersten Male in einen universalen Weltzusammenhang hineingestellt und damit über alle begrenzten Parteiauffassungen hinausgehoben. Von ihm erst datiert die historische Auffassung, die in den Ursachen und dem Verlauf der Revolution unablässig, durch eine ungeheuere Flut von Wechselwirkungen hindurch, das Innere an das Äußere bindet und auf diesen Fundamenten eine wahrhafte Objektivität des Verstehens begründet. Aber genug der Beispiele. Die Reihe der großen Ranke'schen Werke wirkt wie eine einzige Offenbarung über den niemals aussehenden Kausalzusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik, bei dessen Ergründen der Meister am tiefsten in der letzten Einheit alles Geschehens zu leben glaubte.

So hatte sich ihm, allein aus der Anschauung des Lebens, eine Auffassung des Staates entwickelt, die ihn von allen vorgefaßten Theorien für immer schied. Er führte das Wesen des Staates nicht dogmatisch auf irgendwelche allgemein gültigen Voraussetzungen zurück, sondern vergegenwärtigte es sich an der einzelnen Erscheinung, deren Besonderheit er gleichsam biologisch zu ermitteln

suchte; nirgends aber erschien ihm diese Besonderheit greifbarer als in dem Verhältnis, in dem der einzelne Staat zu allen anderen ihn Umringenden stand, und in den individuellen Lebensbedingungen, die sich daraus gerade für ihn und seine Gestaltung bis in das Innerste ergaben. Gegenüber allen Denkversuchen, die die Entstehung des Staates abstrakt zu erklären trachteten, glaubte er als „Regel des Werdens“ bei den großen Organismen festzustellen, daß sie durch eine Gemeinschaft der Anstrengungen nach außen, also in einem Gegensatz zu andern, entstehen, in dem sie sich bewußt werden und ihre Teile zu einem Ganzen zusammenraffen. In die Momente großer Krisen verlegt er die Geburtsstunde des Staates: sein Wesen wird von den Zeichen abhängig bleiben, unter denen er entstand. Ranke geht sogar noch weiter: „es bedarf solcher Angriffe und Gefahren, um der Nation ihr gemeinschaftliches Interesse zum Bewußtsein zu bringen“. Mit andern Worten: das Moment, das bei der Entstehung des Staates entscheidend war, bleibt mit innerer Folgerichtigkeit auch in den großen Stufen seines Wachstums und Zusammenschlusses von der höchsten Bedeutung. Die „Gemeinschaft der Anstrengungen“, nach außen hin betätigt, bewährt in der Geschichte aller Zeiten ihre staatenbildende Kraft.

Heute sind wir gewöhnt, die Römerzüge der deutschen Kaiser, so verschieden man auch über ihre Italienpolitik vom nationalen Standpunkt urteilen mag, doch als einen dynamischen Hebel zu bewerten, der die deutschen Stämme zu einer deutschen Nation zusammenschweißen half: als dieser Antrieb einigender Kraftentfaltung wegfiel in der Mitte des 13. Jahrhunderts, setzte sofort eine partikularistische Dezentralisation der politischen Energien der Nation ein. Bei einem primitiven Staate wie dem Türkenreich der früheren Jahrhunderte wirft Ranke sogar die Frage auf: „Wenn ein Staat auf Eroberung gegründet ist, wenn er bisher nie ohne reißende Eroberung bestanden, darf man zweifeln, ob es ihn erschüttern wird, wenn das Fortschreiten einhält, wenn die Eroberung stillsteht?“ Daher sieht er von dem Augen-

blick an, wo jene Energien in Stillstand geraten und auf sich selber zurückgeworfen werden, auch eine unvermeidliche Desorganisation im Innern um sich greifen: „so geschieht es, daß die Elemente des Staates, die früher zu so reißenden Erfolgen zusammengewirkt hatten, nunmehr im Innern desselben widereinander kämpfen“ Was für den primitiven Erobererstaat in massiver Form gilt, wird veredelt und vergeistigt für jedes Glied der Staatengesellschaft von Geltung sein: auf die Selbstbehauptung gegenüber den andern und auf die Erringung wahrer Unabhängigkeit ist das Leben eines jeden, sind alle seine Aktionen gerichtet. Wenn diese Schleusen nach außen verstopft werden, treten die aufgestauten Gewässer nach innen verheerend über die Dämme, wenn die Ströme einheitlicher Kraftbetätigung nach außen versanden, vertrocknen auch im Innern ihre Lebenskräfte. Die auswärtige Politik ist somit nicht etwa ein entbehrlicher Luxusartikel der Großen, den nur der Ehrgeiz der Herrschenden fordert, sondern sie ist als ein eingeborenes Lebensattribut des Staates überhaupt zu betrachten. Denn das Wesen des Staates beruht in seinem Gegensatz zu andern Staaten.

Indem Ranke eine so scharfe Formulierung wählte, lag ihm nichts ferner, als damit der praktischen Staatskunst die Richtung auf scharfe Betonung der Gegensätze, also auf kriegerische Entladung zu geben und etwa eine Gewaltpolitik um jeden Preis zu empfehlen, wie man sie landläufig mit den Grundsätzen Machiavellis verbindet. Jede Neigung zu solchen Folgerungen würde seiner irenischen Natur ebensowenig entsprochen haben wie dem Zeitalter der wunschlos und saturiert gewordenen preußischen Politik, in dem er schrieb. Seine Gedankenwelt befestigte sich in ihm gerade während einer Epoche, in der die meisten den Sinn für die wahren Lebensattribute des Staates verloren zu haben schienen. Es war das Zeitalter der heiligen Allianz, eines überstaatlichen Organisationsversuches der Herrscher, der alle staatlichen Gegensätze in einer höheren Einheit aufzulösen sich den Anschein gab. Es ist für Ranke ein Erlebnis gewesen, als er aus der Veröffentlichung des Portfolio erkannte, wie

innitten der heiligen Allianz, trotz aller salbungsvollen Worte über die Übertragung der christlichen Moral auf die Politik, doch die eingeborenen Machtinstinkte der beteiligten Staaten ungebrochen fortlebten: wie insbesondere bei ihrem Begründer selber der russische Eroberungswille ungehindert seinen elementaren Instinkten zu folgen fortfuhr. Eben in den dreißiger Jahren vermeinten die Wortführer der öffentlichen Meinung, daß der alte Daseinstampf der Staaten sich längst aufgelöst habe in einen Kampf gegensätzlicher Staatsprinzipien, der legitim=autoritären und der konstitutionell=demokratischen Staatengruppe — als wenn ein aus ihrer inneren Beschaffenheit entnommener Gegensatz fortan nun auch ihr ganzes äußeres Verhalten regulierte. Aus der Anschauung der Wirklichkeit erhob sich Ranke gegen diese Vorurteile, die — mit veränderten Vorzeichen — im Lager der Haller und Gerlach so gut wie in dem der liberalen und demokratischen Doktrinäre im Schwange waren. Nach rechts und links erinnerte er die Menschen daran, daß auch die Formen des rechtlichen Gefüges eines Staates vor allem andern mit seinen individuellen äußeren Lebensbedürfnissen, die sein innerstes Wesen ausdrückten, in einem unlöslichen Kausalzusammenhang ständen.

## II.

Dieses Kausalverhältnis besagt nun nicht etwa, um uns mit diesem Einwurf vorweg auseinanderzusetzen, daß gewisse Forderungen der äußeren Politik unter allen Umständen analog in der inneren Politik (oder umgekehrt) wiederkehren müßten, und daß es daher eine Aufgabe der Staatskunst sei, beide Werte grundsätzlich auf einen Generalnenner zu bringen. Die Geschichte entscheidet gegen diese Annahme. Gewiß haben z. B. in dem Frankreich des 16. Jahrhunderts sowohl die Hugenotten unter Coligny wie die katholischen Egißten unter Führung der Guise ihre entgegengesetzten religiösen Tendenzen mit einer entsprechenden protestantischen oder katholischen Europapolitik ihres Staates in Einklang zu bringen gesucht — eben dieses Bestreben verleiht dem

Kampf der Faktionen seinen universalen Charakter —, aber schließlich sind sie beide auf ihren Wegen gescheitert. Vielmehr wird die folgende Epoche in Richelieu den großen Staatsmann heraufführen, der allerdings im Innern die katholische Restauration gegen die zersprengten Hugenotten durchsetzte, nach außen aber gleichzeitig zum Urheber einer antikatholischen Bündnispolitik in Europa wurde. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich in dem überragenden Bedürfnis der französischen Macht, nach innen volle politische Einheit zu gewinnen und mit diesen gesammelten Einheitskräften nach außen als Führer eines Weltkampfes gegen Spanien-Habsburg emporzukommen. Der Zwang eines Zieles, das den innersten Trieben der Nation entgegenkam, war stärker als alle Konsequenz religiöser Parteien. In ähnlicher Weise hat Bismarck es in den fünfziger und sechziger Jahren beharrlich abgelehnt, nach den Rezepten der Gerlach's die im Innern gepflegte konservative Legimitätspolitik auch zum Leitstern seiner Auslandspolitik zu erheben; in immer neuen Wendungen hat er den Kerngedanken vertreten, daß er in dieser Sphäre dem reinen Machtinteresse Preußens, unbekümmert um seine inneren Tendenzen, nachgehen müsse. Selbst zu revolutionären Kräften wollte er keine Bündnismöglichkeiten von vornherein ausgeschaltet wissen: „weil man nicht Schach spielen kann, wenn einem 16 Felder von 64 von Hause aus verboten sind“. Also hat der Vorkämpfer der monarchischen Autorität in der Konfliktzeit den Streit um die deutsche Hegemonie im Jahre 1866 mit revolutionären Schlägen nach außen hin durchgeführt. Bis in die jüngste Gegenwart lassen sich die Beispiele für diese sich immer gleichbleibende Tendenz der Staaten häufen: die französische Republik hat seit 1890 kein Bedenken getragen, ein intimes Bündnis mit der gesetzlosen russischen Autokratie zu schließen; weil sie von ihr die Erfüllung der Renanche erwartete, und sie hat die junge russische Republik, als sie zu Beginn dieses Jahres den Frieden suchte, trotz ihrer neuen Staatsform mit erbittertem Hohn von sich gestoßen.

Wohl begegnet man in der Geschichte auch neuerdings den ent-

gegengesetzten Versuchen, Inneres und Äußeres auf einen Generalnenner zurückzuführen, aber sie haben selten Bestand. Das prinzipiell sehr bemerkenswerte System der Auslandspolitik, das der englische freihändlerische Liberalismus als folgerichtige Ergänzung seiner inneren Methoden und Ideale begründete, ist doch daran gescheitert, daß es dem Machtinteresse Englands in einer politisch und wirtschaftlich verwandelten Welt auf die Dauer nicht mehr entsprach. Und dies scheint mir auch der Punkt zu sein, an dem die Tendenzpolitik der Bolschewiki schließlich zugrunde gehen wird. Beobachtet man doch immerwieder, daß auch die stärksten inneren Tendenzen niemals mit Erfolg den Anspruch erheben können, den auswärtigen Kurs zu bestimmen, wenn sie sich nicht ihrerseits den Bedürfnissen der Weltstellung ihres Staates, der Selbstbehauptung seiner Macht, als oberstem Ziele unterzuordnen vermögen. Gelingt es ihnen aber, sich mit diesen in Einklang zu setzen, so kann sich allerdings aus dem Zusammenklingen der innern und der äußern Tendenzen, wie Cromwell und der Konvent gezeigt haben, eine unwidderstehliche Kraft der weltgeschichtlichen Wirkung ergeben.

### III.

Aus der Anschauung des geschichtlichen Lebens ist Ranke somit dazu gelangt, den Primat der äußeren Politik über die innere Politik grundsätzlich zu bejahen. Diese grundlegende Überzeugung, die praktisch in seiner ganzen Geschichtsschreibung als das eigentliche Lebenselement wirkt, ist in ihrem theoretischen Zusammenhange von ihm entwickelt worden in seinem „Politischen Gespräch“ (1836), einer viel zu wenig gekannten Perle seiner Studien, die das Innerste seiner historischen Ideen birgt. Sie gipfeln in dem Satze: „Das Maß seiner Unabhängigkeit gibt einem Staate seine Stellung in der Welt; es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten.“

Dieses Axiom bedeutet nichts geringeres als das Bezogensein aller inneren Politik auf die Bedürfnisse der äußeren Machtsphäre



als eine höchste und durchgreifende Instanz. Denn weil es sich in den Bedürfnissen dieser Sphäre um Unabhängigkeit, also um Leben und Tod des Staates selber handelt, so muß von ihnen aus das ganze — ohne jene Voraussetzung nicht zu denkende — innere Dasein des Staates entscheidend bestimmt werden. Mag der Staatsrechtslehrer in der Verfassungsstruktur eines Staates vor allem die Verwirklichung idealer Forderungen erblicken, mag der Philosoph in der hier zusammengefaßten Rechts- und Wohlfahrtsordnung die letzte Rechtfertigung des Staates an sich erkennen, so erfährt die konkrete Gestaltung einer Verfassung in einem gegebenen Staate ihr Regulativ doch immer durch die Machtordnung, an die das Dasein dieses Staates selber gebunden bleibt. Die Staaten, wie sie sein sollen, bleiben eben abhängig von der Staatenwelt, wie sie ist.

Was Ranke gibt, ist eine biologische Feststellung, nicht etwa eine ethische Forderung. Darum liegt ihm auch nichts so fern, als etwa eine Unterwertigkeit der inneren Sphäre anzunehmen, und es wäre nichts falscher, als aus seinem Satze etwa abzulesen, daß das innere Leben der Völker nunmehr als ein Mittel für einen höheren äußern Zweck gewertet werden solle. Ebenso gut würde man ja den Satz umdrehen können und die äußere Politik als Mittel zum Zweck der Erhöhung des innern Daseins eines Volkes bezeichnen dürfen. Denn es liegt auf der Hand, daß die innere Politik höchst wesentliche Voraussetzungen aller Unabhängigkeit liefern muß, ohne die jede Betätigung nach außen undenkbar ist: es handelt sich um ein Wechselverhältnis, in dem die Schiffelein herüber- und hinüberschießen, die Säden ungesehen verfließen. Es ist hier nicht die Aufgabe, das für die einzelnen Gebiete der inneren Politik des Näheren nachzuweisen. Jedermann weiß, daß die Wirtschaftspolitik eines Staates heutzutage unmittelbar von den inneren Bedürfnissen der Gemeinschaft in die äußeren Beziehungen zu allen Staaten hinüberreicht. Oder ein anderes: nirgends kommt der organisierte Machtwille nach außen so zum Ausdruck wie in der Heeresverfassung — sie aber wird immer, wie namentlich

Hans Delbrück in seiner wissenschaftlichen Lebensarbeit erwiesen hat, ein Spiegelbild der innersten sozialen und verfassungsmäßigen Struktur eines Staates sein. Ranke selbst hat den Charakter dieses Wechselverhältnisses so wenig verkannt, daß er in seinen „Großen Mächten“ einmal die Formel dafür findet: „Das Ansehen eines Staates wird immer dem Grade entsprechen, auf welchem die Entwicklung seiner inneren Kräfte steht.“

Nur daran hält er fest, daß in diesem Wechselverhältnis ein dynamisches Grundgesetz waltet: die politische Organisation der inneren Kräfte muß nach dem äußern Lebensgebote hin orientiert sein, nicht aber dieses nach jener. Das unterscheidet ihn von allen Doktrinären einer bestimmten Verfassungsform, die von den Besonderheiten einer auswärtigen Position, wie der geographischen Lage oder der Umwelt der Nachbarn, und den daraus fließenden Rückwirkungen leichten Herzens absehen. Denn diese Rückwirkungen sind von schlechthin zwingender Natur, und es bleibt nur noch zu untersuchen, ob sie mit der Allgemeingültigkeit eines Gesetzes oder nur mit der Kraft einer relativen Tendenz auftreten.

#### IV.

Und da ergibt sich bei näherer Betrachtung, daß der vielfältige Reichtum historischen Lebens auch diesmal nicht in eine starre Formel zu pressen ist. In das konkrete Verhältnis von Außenpolitik und Verfassung, wie es von Ranke gesetzt wurde, werden immerhin noch andere, und zwar labile Größen hineinspielen. Die grundsätzliche Überordnung des Äußern über das Innere wird daher in jedem einzelnen Anwendungsfalle nicht gleichmäßig wirken, sondern kann nach Raum und Zeit mannigfachen Abstufungen der Intensitätswirkung unterliegen.

Es wird vor allem darauf ankommen, ob jene Voraussetzungen wahrer Unabhängigkeit, die das letzte Ziel aller Politik bilden müssen, nicht schon von der Natur dem einen Staate mehr als dem andern mitgegeben sein können. Je problematischer es mit diesen

natürlichen Voraussetzungen von Hause aus bestellt ist, um so unbedingter wird der Primat der äußeren Politik wirksam werden, während sich auch ein Grad von ursprünglicher Unabhängigkeit denken läßt, in dem jener Vorrang der äußern Politik scheinbar zürücktritt, so daß die Gestaltung der inneren Politik mehr sich selber überlassen bleiben könnte.

Dabei sehe ich von jenen innern Strukturmerkmalen der Unabhängigkeit ab, die selber erst das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung sind. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß ein national ganz einheitlicher Staat schon infolge dieser Beschaffenheit ein relativ höheres Maß innerer Unabhängigkeit auch nach außen mitbringt als ein national uneinheitlicher Staat: Frankreich also ein etwas höheres Maß als etwa das Deutsche Reich, und dies hinwiederum ein unvergleichlich höheres Maß als der dualistische Nationalitätenstaat Osterreich-Ungarn, von dem Graf Czernin neuerdings mit Recht betont hat, daß jede Frage der äußeren Politik auch eine solche der inneren Politik sei — der Weltkrieg hat die erdrückende Beweisraft dieses Schulbeispiels vor aller Augen enthüllt.

Vielmehr beschränke ich mich in diesem Zusammenhange allein auf die schon von der Natur mitgegebenen Strukturmerkmale geographischer und wirtschaftlicher Art, insofern sich aus ihnen eine gewisse Stufenleiter in der Geltung des Ranke'schen Satzes ergibt. Bei einem Staatswesen z. B. von der geographischen Unantastbarkeit der Vereinigten Staaten, das sich Menschenalter hindurch ohne ernste Nachbarmächte in menschenleeren Räumen ausdehnen konnte, das auch wirtschaftlich einen unvergleichlichen Grad von Autarkie besitzt und wahrhaft eine Welt in sich selber darstellt, da konnte allerdings die innere Politik sich lange Zeit überwiegend aus ihren eigenen Tendenzen entwickeln und scheinbar dem „obersten Gesetz“ Ranke's sich entziehen. Es konnte sogar drüben der Irrglaube auftauchen, als wenn dieser Staat überhaupt keine äußere Politik zu treiben brauche; aber wenn diese Behauptung auch, wie ich schon lange vor dem Kriege erwiesen habe, durch die stetige

und widerstandslose Entwicklung des amerikanischen Imperialismus widerlegt wird, so wird sich doch nicht leugnen lassen, daß der Satz Rankes nur in einer gewissen Modifizierung auf sie angewandt werden kann. Auch für einen Staat von der glücklichen Insellage Großbritanniens ist jahrhundertlang die Möglichkeit des Bedrohtheins von außen so sehr beschränkt gewesen, daß seine innere Entwicklung zwar nicht in völliger Isolierung den ihr innewohnenden großen Gesetzen — diese Meinung ist ja durch Ranke überwunden worden — folgen konnte, aber doch unter einem viel geringeren Druck von außen als die meisten kontinentalen Länder sich zu entfalten vermochte: hier liegen ja die tiefsten Wurzeln der einzigartigen Entwicklung der englischen Verfassung und Wirtschaftskraft. Da das Maß von Unabhängigkeit schon von der Natur so hoch verbürgt war, so mußte die Gestaltung der inneren Verhältnisse von außen her in einem relativ geringeren Grade beeinflusst werden, als es etwa bei Ländern von der geographischen Situation Deutschlands und Italiens der Fall ist. Diese stellen einen entgegengesetzten Typus dar.

Bei ihrer Mittellage, ihren offenen oder unbestimmten Grenzen, ihrer Antastbarkeit von vielen Seiten müssen auch die inneren Geschichte Deutschlands oder Italiens von jeder Machtauseinandersetzung mit ihren Nachbarn viel tiefer ergriffen werden. Diese Einwirkung hat, wie die Geschichte lehrt, für Italien bis zum dauernden Verluste nationaler Selbständigkeit und Einheit geführt, für Deutschland bis zur Abspaltung großer provinzialer Außenposten, bis zur Abschneidung vom Meere, bis zur unerträglichen Einpressung in unserer Mittellage: also bis zur lebensgefährlichen Verschärfung derjenigen Daseinsbedingung, die nun einmal unser Schicksal ist. Von diesen äußeren Erlebnissen sind in beiden Ländern alle wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Möglichkeiten, alle Stadien der inneren Verfassungsentwicklung im geschichtlichen Ablauf entscheidend beeinflusst worden. Somit wird die Komponente der äußeren Beziehungen für das ganze Leben

der deutschen wie der italienischen Nation eine einfach überwältigende Wirkungskraft besitzen. Da der Primat der äußeren Politik sich hier viel unangefochtener erweisen läßt als etwa in dem englischen oder dem amerikanischen Beispiel, so wird daraus insbesondere die Notwendigkeit erwachsen, wenn die gefährdete oder verlorene Existenz wieder behauptet werden soll, alle inneren Einrichtungen einzig auf den Wiedergewinn äußerer Unabhängigkeit im weitesten Sinne zu beziehen.

Die entgegengesetzten weltgeschichtlichen Situationen der einzelnen Länder sind die Ursache, daß sie auch zur Wiege entgegengesetzter Ideen über den Staat und seine Aufgaben wurden. Es ist kein Zufall, daß in der Insel England, in diesem geschlossenen, ungefährdeten und fertigen Nationalstaat, auf der einen Seite, und in dem zersplitterten, überrannten und zusammenbrechenden Italien des 16. Jahrhunderts auf der andern Seite, jene beiden entgegengesetzten Idealtypen eines Staates fast gleichzeitig aufgestiegen sind: Thomas Morus' Utopia und Machiavellis Principe. Dort die Möglichkeit eines Staates, der von der Regelung seiner Machtbeziehungen grundsätzlich absehen und daher seine inneren Verfassungszustände fast autonom nach rationalen Gesichtspunkten regeln darf — hier die Forderung eines Staates, der umgekehrt sein ganzes inneres Leben, fast bis zum Auslöschen der Rechtsordnung für alle seine Glieder, der Existenz nach außen hin unterordnen, ja der Begründung einer reinen Machtordnung zum Opfer bringen soll. Aber diese fast gleichzeitig ausgebildeten Ideen des Wohlfahrtsstaates und des Machtstaates haften, eine jede von ihnen an einer entgegengesetzten Voraussetzung — und auf diese kommt es für unsere Betrachtung an.

Morus hat seine Utopien, das keineswegs nur ein geistreiches Spiel mit einem Zukunftsstaat Nirgendwo ist, sondern ebensosehr ein aus ganz konkreten Voraussetzungen seiner Heimat und seiner Zeit aufgebautes englisches Staatsideal entwickelt — wie ich in einer eingehenden Untersuchung demnächst erweisen werde —

charakteristisch genug auf eine Insel im Ozean verlegt. So, daß sie unangreifbar ist: die Einfahrt in ihren Haupthafen ist durch Untiefen und Riffe schwer gefährdet, ohne Lotsen nicht zu passieren, die Landungsplätze sind überall durch Natur und Kunst so geschützt, daß selbst riesige Truppenmassen von einer geringen Anzahl von Verteidigern abgewehrt werden können. Mit andern Worten: Morus hat die Lebensbedingungen seiner englischen Heimat in der Theorie noch übersteigert und, vermöge dieser einen Voraussetzung völliger Unantastbarkeit, das Gedankenbild seines rationalen Wohlfahrtsstaates aus den für die kontinentalen Staaten zutreffenden Lebensbedingungen völlig herausgelöst: für sie ist also seine Utopia auf einem unwirklichen Grunde gebaut. Daß er trotz dieser grundsätzlichen Isolierung hernach doch in eine überseeische, nur humanitär verkleidete Machtpolitik seiner Utopier einlenkt, ist ein spezifisch englischer Zug, den ich an dieser Stelle nur andeute.

Im Unterschiede davon geht Machiavelli nicht von einer Konstruktion, sondern von der nackten Wirklichkeit aus, die vor ihm steht, von dem erschütternden Bilde des Italiens seiner Zeit, in dem der Kampf aller gegen alle tobt und keine Grenze vor keinem Nachbar sicher ist, wo der Staat als Kunstwerk die letzte Lösung ist und die Tore jeder feindlichen Invasion offen stehen. In dieser Zerrüttung, da alle Hoffnungen nationaler Zukunft für immer den Barbaren zu erliegen scheinen, kann ein Wiederaufbau von Einheit und Freiheit nur durch die skrupelloseste Zusammenfassung aller Machtmittel nach außen ermöglicht werden: die Lehre, die der Florentiner aus der Geschichte des Altertums wie aus der kontinentalen Staatspraxis der Renaissance entnimmt, wird ihm zum einzigen Heilmittel, um Italien zu retten. Mit nackten Worten spricht er aus, was bei Morus zuerst verabscheut und dann auf einem scheinbar ethischen Umwege wieder eingeführt wird. So sind die Ideen des Principe, so gut wie die ihres insularen Antipoden, an den Boden und die Zeitumstände ihres Ursprungs geknüpft — eben darum ihr absoluter Gegensatz.

Was der Italiener als theoretisch-praktische Forderung der Stunde aufstellte, ohne es für sein Vaterland aus eigener Kraft verwirklichen zu können, hat die Wiedergeburt der deutschen Einheit auf einem weiten Umwege der Mühen und Ideen zur Wahrheit gemacht: durch die von den preussischen Königen geführte Politik, alle inneren Kräfte der Deutschen auf die Macht nach außen zu konzentrieren, als den einzigen Weg, die verlorene Staatlichkeit der Nation wiederzugewinnen und eine neue Grundlage nationaler Existenz zu errichten. So hat denn das Axiom Kantes über das prinzipielle Bezogensein der inneren Staatsform auf die äußeren Staatsaufgaben gerade auf dem Boden, auf dem es entstanden, die stärkste Bestätigung gefunden: in dem Lebenswerke Bismarcks. Nicht umsonst hatte Bismarck, als der König ihn im Jahre 1862 als starken Mann für das Innere berufen wollte, unbedingt auf der Übertragung der auswärtigen Leitung bestanden, weil er nur mit ihr den Hebel aller Dinge in die Hand bekam. Denn allen anderen deutschen Staatsmännern und Denkern seiner Zeit blieb er dadurch überlegen, daß er die deutsche Einheit — schon weil sie eine starke Machtverschiebung in der Mitte des Kontinents in sich schloß — von vornherein als eine europäische Frage erkannte, die nur im Rahmen der europäischen Politik und daher auch nur mit den äußeren Machtmitteln eines Staates lösbar war. Seine ganze Staatsleitung gipfelte in dem Bemühen, die innere Politik auf die Bedürfnisse der äußeren zu beziehen, und auch das sorgenvolle Vermächtnis seines Alters predigte keine Lehre so laut wie diese eine: daß die von so viel Gefahren umringte Weltstellung Deutschlands mehr als die irgendeines anderen Landes in der Richtung auf Deckung und Macht nach außen orientiert bleiben müsse.

So entbehrt es auch nicht eines tieferen Sinnes, wenn im Zeitalter der deutschen Einheit die Lehre Machiavellis in ihrer grundsätzlichen Problemstellung — nicht in ihren amoralischen Anwendungen — bei einzelnen Politikern wie bei Treitschke ihre Auferstehung fand. Sie besaß eben für die Deutschen, in ihrer Zersplitte-

rung und Staatlosigkeit, einen Wahrheitswert, den der Engländer oder Amerikaner in seiner umgekehrten Weltlage schwer begreifen konnte, oder gar, nach seiner ganzen Veranlagung, sich in der verzerrendsten Weise auslegen mußte. Daß sie auch für uns, bei unkritischer Aufnahme in massiven Köpfen zu einer geistigen Verführung werden konnte, zumal seit erfolgter Reichsgründung, hat niemand so früh wie Bismarck selber vorausgesehen. Wenn aber auf der anderen Seite eine englische Staatslehre wie diejenige Herbert Spencers aus Vergangenheit und Gegenwart zwei neue gegensätzliche Staatstypen, den industriellen und den kriegerischen Typus, herauszukonstruieren versucht, so verfällt sie von neuem in den alten Fehler, von den äußeren Bedingungen, an die die Existenz eines Staates geknüpft ist, einfach zu abstrahieren und die Ausnahmebedingung, unter der die inulare englische Weltmacht ihre industrielle Führerstellung gewonnen hatte, als Normalfall dem schwereren Entwicklungsgange eines Volkes in der Mitte Europas naiv gegenüberzustellen.

## V.

Die weitere Frage wird nun sein, ob aus der ermittelten Abstufung in der Allgemeingültigkeit des Rantischen Axioms auch bestimmte praktische Folgerungen gezogen werden können, wie eine gegebene Außen-situation auf die Verfassungsgestaltung eines Staates rückzuwirken habe.

Otto Hinz hat dieses Verhältnis in die Formel zu bringen gesucht, daß das Maß von Freiheit, das ein Staat seinen Angehörigen gewähren könne, umgekehrt proportional sein müsse dem auf seinen Grenzen lastenden Drucke. Dieser Formel liegt, wie sich aus unseren Erörterungen ergibt, ein einleuchtender Gedanke zugrunde — solange man ihn richtig versteht und nicht etwa Folgerungen aus ihm zu ziehen versucht, die nicht durch die Sache geboten sind. Gewiß: je wichtiger ein solcher Druck von außen auf seinen Grenzen lastet, desto mehr muß der Staat, um seines Lebens sicher zu blei-



ben, die Struktur seiner Verfassung dergestalt einrichten, daß sie seine Widerstandskraft nicht vermindert, sondern erhöht: desto unbedingter muß er ein starker Staat sein. Dadurch aber wird die Gewährung von Freiheit nur dann eingeschränkt, wenn man unter Freiheit nichts als das leere Ideal des früheren Liberalismus versteht, das das Individuum von allen Verpflichtungen für die Gesamtheit möglichst befreien und den Staatsorganismus weitgehend abbauen wollte. Anders liegt die Sache, wenn die Freiheit im deutschen Sinne als freiwillige und opferbereite Einfügung des Individuums in die Pflichten für die Gesamtheit verstanden wird. Mit anderen Worten: ein Staat mit schwerem Grenzdruk wird sich nicht den Luxus leisten können, sich nach rein individualistischen Idealen auf die Funktion des bloßen „Nachtwächterstaates“ zu beschränken, wozu der „industrielle“ Staatsstypus Herbert Spencers und des Manchesterturns verdächtige Neigung zeigte; er wird eben auf Schritt und Tritt an die bittere Wahrheit erinnert, die Machiavelli seinem Volke predigte, daß ohne die konzentrierte Ordnung aller Kräfte sein Leben schwer gefährdet bleibt. Aber das Starksein, das von ihm gefordert werden muß, ist darum keineswegs an einen Verfassungsaufbau gebunden, der mit möglichst ungebrochener Autorität von oben herab alle Glieder umspannt, sondern es wird ebenso gut und noch besser von einem Staate verbürgt, in dem alle Glieder unter eigener Verantwortung und Mitwirkung sich dem Staatszweck zur Verfügung stellen und zu selbsttätigen Organen des Staates entwickelt werden.

Die Geschichte ist voll von Beispielen dafür. Eine Demokratie wie die schweizerische Eidgenossenschaft, auf der gewiß ein — durch die völkerrechtliche Neutralität keineswegs aufgehobener — starker Atmosphärendruk lastet, würde anders nicht zu erklären sein. Denn diese bundesstaatliche Demokratie von heute erweist sich als viel abwehrkräftiger auch nach außen als die ehemalige staatenbündliche Aristokratie, in der städtische Patriziate und Bauernoligarchien unter der Herrschaftsstellung des Berner Kantons vereinigt waren.

Selbst die Terreur des Konvents von 1793 ist nicht etwa als Anarchie der Freiheit zu deuten — als solche würde sie ja widerstandslos unter dem Angriff Europas zusammengebrochen sein — sondern sie war vielmehr ein bewußter Rückschlag gegen individualistische Auflösung, eine mit blutiger Gewalt unternommene Aufrichtung des starken Staates, in erster Linie gegen den Außenfeind, in zweiter gegen die auf ihn hoffenden Elemente im Inneren. Und wenn wir auch von einem so extremen Beispiel absehen dürfen, das eine läßt sich nicht leugnen: die neuere Entwicklung lehrt in steigendem Maße, daß gerade die Freiheit den Staat stark macht. Der Staat früherer Zeiten, in dem eine kleine Oberschicht herrschte, konnte sich in seinen inneren Beziehungen relativ unabhängiger von der Außenpolitik halten als der moderne Staat, in dem Politik und Kriegführung schlechterdings von der Gesamtheit bis in ihre letzten Tiefen getragen werden muß. Seine Macht kann sich nur auf Freiheit gründen.

Somit fasse ich zusammen: auch der höchste auf die Grenzen eines Staates ausgeübte Druck nötigt wohl zu einem intensivsten Anpassen des inneren Aufbaues an die schwereren Bedingungen im Wettbewerb, aber ein solcher Staat kann damit sehr wohl eine breite Verteilung der Verantwortlichkeiten, eine demokratische Mitwirkung der dafür reif gewordenen Massen verbinden. Er wird sogar in Lagen kommen, wo er diese tiefere Begründung seines Daseins nicht nur suchen kann, sondern suchen muß, wenn anders er ein starker Staat im höchsten Sinne bleiben will.

## VI.

Das geschieht, wenn ein Krieg von großen Dimensionen die Anpassung des inneren Aufbaus an die äußeren Notwendigkeiten in einen rascheren Fluß, in eine elementare Bewegung bringt. Wie der Krieg selbst nur eine Fortsetzung der äußeren Politik mit gewaltsamen Mitteln ist, so gewinnen auch die Gesetze, die für die Rückwirkung dieser Politik nach innen überhaupt gelten, im Kriege

eine nur noch zwingendere Beweiskraft. Denn zumal wenn der Krieg länger dauert und die äußersten Kräfte aufrufen muß, wird er innerhalb des Verfassungskörpers Fragen zu lösen haben, die sonst noch hätten vertagt werden können, und dabei aus den vielen Möglichkeiten eines Kompromisses schließlich die radikalste Lösung zur Notwendigkeit machen. Denn da er selber nach seinem Wesen und seinen Mitteln radikal im höchsten Sinne ist, so muß er kraft seiner Natur den Prozeß der inneren Umbildung, in dem jede Gesellschaft begriffen ist, in ein ganz anderes, bisher unerhörtes Tempo überführen, und die Not der Stunde zwingt immer wieder, Entscheidungen, die im Frieden hätten allmählich herbeigeführt werden können, mit plötzlicher Wirkung durchzudrücken. Und wie durch den Krieg in allen äußeren Machtverhältnissen in der Welt erbarmungslos die Realitäten herausgearbeitet werden, so werden in der unvermeidlichen Rückwirkung nach innen auch hier die Realitäten, selbst diejenigen, die bisher noch unter der Oberfläche der sichtbaren Ordnung schlummerten, sich durchsetzen wollen und mit einem Saße in den Vordergrund drängen.

So liefert die Geschichte ein Beispiel über das andere von der geradezu revolutionierenden Kraft der Rückwirkung, die von großen Kriegen auf die innere Umbildung ausgeht. Am denkwürdigsten erscheint der Prozeß der Umgestaltung, den die französische Revolution während und infolge ihres Kampfes mit Europa durchstürmt. Nun könnte man freilich gerade aus derselben Periode auch ein geschichtliches Gegenbeispiel anführen und sich darauf berufen, daß England in der Periode seines Ringens mit der französischen Revolution von 1793 bis 1815 es allerdings fertiggebracht hat, seine vordem schon längst überalterte und als reformbedürftig erkannte aristokratische Verfassung ungefährdet durch alle Stürme hindurchzuretten. Wenn man aber auf den Grund der Erscheinungen dringt, so erkennt man, daß hier tiefere Ursachen vorliegen, die das Beispiel zu einem nicht beweiskräftigen Ausnahmefall machen. Einmal war die englische Aristokratie imstande, ihren

hundertjährigen Machtkampf mit Frankreich obendrein noch in der Form eines antidemokratischen Prinzipienkampfes weiterzuführen, und außerdem — das ist das eigentlich Entscheidende — konnte sie aus der Unantastbarkeit ihrer Insel heraus diesen zwanzigjährigen Kampf fast ausschließlich mit den Machtmitteln ihres alten Staates, mit Subsidien und mit Bundesgenossen, durchführen: nur zum allergeringsten Teile hatte sie ihn mit dem Blute ihrer eigenen Nation zu bestreiten, an die niemals ein Appell erging, als Ganzes in den Kampf einzutreten. Auf dem Kontinent aber lagen und liegen die Dinge umgekehrt als auf der Insel, die auch diesmal den Vorzug ihrer Daseinsbedingungen genoß. Das lehrt uns schon das eine Beispiel, das uns am nächsten steht.

Wenn der Gang der preußisch-deutschen Entwicklung ein Höchstmaß von Kraftkonzentration auf den äußeren Zweck, wie wir sahen, also kurz gesprochen, auf den Machtstaat gebieterisch forderte, so hat diese Notwendigkeit allerdings zeitweilig dazu mitgewirkt, die innere Verfassungsentwicklung zurückzuhalten, auf die Dauer aber, zumal in jenen staatenbildenden „Momenten großer Krisen“, als die ihre Kriege erscheinen, sie doch in ein beschleunigtes Tempo versetzt, das ohne jenen äußeren Zwang schwerlich eingetreten wäre. So sind die Wirkungen der Machtsteigerung, wenn man das Ganze überblickt, doch nicht freiheitshemmend, sondern vielmehr freiheitfördernd ausgefallen, weil es sich ja gerade in jenen wahrhaften Kraftproben eines Krieges immer wieder herausstellte, daß jede neu gewonnene Machtstufe auch einer neuen freiheitlichen Fortbildung der Staatsform als Vorbedingung und Rechtfertigung bedurfte. Somit liegt der tiefste Sinn der preußisch-deutschen Entwicklung des 19. Jahrhunderts darin, daß Macht und Freiheit nicht, wie in engen und rückständigen Verhältnissen ein ungeübtes Denken über den Staat wädhnte, Gegensätze, sondern daß sie vielmehr Korrelate, wechselseitig sich bedingend, sind.

Der Druck von außen allein ist es einst gewesen, der dem gepriesenen, aber überlebten Kunstwerk des friderizianischen ancien

régime auch im Inneren das Todesurteil sprach. Die Niederlage des altpreußischen Staates im Jahre 1806 erzeugte die Nötigung, ganz neue Kräfte des Aufbaus und der Erhebung ins Leben zu rufen. So wurden die Fundamente des Staates zum ersten Male tiefer in die Nation hineingelegt: der allgemeinen Wehrpflicht entsprachen die Bauernbefreiung, die Selbstverwaltung in Stadt und Land und der Entschluß, dieses Gebäude auch durch eine Repräsentation des ganzen Volkes zu krönen. Mochten immerhin jungerliche Anhänger des Alten, die den Klassencharakter der früheren Ordnung mit dem innersten Wesen der preußischen Machtexistenz verwechselten, darob in verbissener Resignation ausrufen: „Lieber drei Schlachten von Auerstedt als ein Oktoberedikt“, so haben doch allein innere Maßregeln im Stile dieses Oktoberedikts den Weg gewiesen, die Niederlage zu überwinden und den wahren Geist der friderizianischen Epoche wieder zu erwecken. Es ist die Größe der preußischen Reformer, daß sie mitten in der Katastrophe die unzertrennliche Verbindung zwischen Innerem und Äußeren begriffen und mit einem unvergeßlichen Ethos den Kampf für Macht und Freiheit des Vaterlandes aufgenommen haben. Für beides gemeinsam!

Auch die nächste Stufe der Entwicklung, die auf einen langen Stillstand nach außen und innen folgte, nämlich der Übergang Preußens zum konstitutionellen System im Jahre 1848, ist letztlich wiederum durch äußere Notwendigkeiten ausgelöst worden. Wenn man inmitten der europäischen Revolution die deutsche Führung übernehmen wollte, so mußte man das steckengebliebene Werk der Reformer wieder aufgreifen und, was es auch kostete, die Fortbildung der inneren Staatsform von Grund aus versuchen. Wenn gleich diese Politik schon in ihren Anfängen scheiterte und in der nur symbolischen Kaiserwahl des Frankfurter Parlaments ihren Abschluß fand, so blieb doch jeder Fortschritt in der deutschen Einheit an dieses Programm und an den Geist seiner Urheber gebunden. So hat denn auch Bismarck im Frühjahr 1866, in demselben Moment,

da er seinen Staat in den Kampf um die Hegemonie und in unabsehbare Gefahren seiner europäischen Machtstellung führte, die Forderung eines deutschen Parlaments auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf seine Fahne geschrieben. Ein Reformkonservativer Herkunft tat, um die Tiefen der Nation an das neue Reich zu ketten, den ersten Schritt zur Demokratie hinüber — aber einen Schritt, mit dessen Hilfe er sich schon im Herbst 1866 stark genug gefühlt hätte, auch dem lauernden Napoleon im Felde zu begegnen. Wieder aber, wie schon 1807/08 und 1848, vermeinten die Wortführer der Konservativen im Jahre 1867 voll Schmerz und Groll den Untergang des alten Preußens zu erleben, während dieses, in verwandelter Gestalt, nach innen und nach außen, und zwar das eine um des anderen willen, nun erst höher emporstieg.

Ein wundervoller Rhythmus kehrt in diesen Zusammenhängen immer wieder, und wenn er lebendig ist, der sieht die preußisch-deutschen Traditionen eines Jahrhunderts wirksam werden, wenn man noch während des Weltkrieges, in furchtlosem Glauben an die Kräfte des Neuen, an die demokratische Umgestaltung des inneren Staatsgefüges herantrat.

## VII.

Der Ausbruch des weltgeschichtlichen Sturmes hatte in einem unvergessenen Auftakt sofort die politische Basis der Nation in der Idee verbreitert, alte Klüfte geschlossen, eine neue Einheit gewedt. Mochte es zunächst auch möglich scheinen, daß die Durchführung dem Frieden vorbehalten blieb, so mußte die lange Dauer und die Schwere des Krieges unweigerlich dazu führen, die Idee schon während der Kriegszeit zur Tat zu gestalten. Je furchtbarer der Druck von außen an die Pforten unserer nationalen Existenz hämmerte, je übermenschlicher Anstrengungen und Opfer sich aufstürmten, um diesem Drucke zu begegnen, um so unvermeidlicher wurde ein freiheitlicher Umbau, der die Linien von 1848 und 1867 entschlossen weiterführte.

Denn der Kriegsverlauf enthüllte alsbald, daß eine Schwäche un-

serer auswärtigen Politik vor dem Kriege — allein dieses Moment stelle ich zur Erwägung, ohne diese Politik an sich zu kritisieren — gerade darin bestanden hatte, daß sie die gebotene engste Fühlung mit der inneren Politik nicht zu erreichen vermocht hatte. Während die Einkreisungsgefahr sich immer drohender gegen uns heranwälzte, waren im Inneren nicht einmal die dringlichsten parteipolitischen, verfassungspolitischen, wirtschafts- und finanzpolitischen Einstellungen für den Ernstfall eines Weltkrieges hinreichend vorbereitet. Die Basis unserer Weltpolitik war eben nach innen hin zu schmal geblieben, zu sehr an den politischen Aufriß des alten Deutschlands gebunden, statt mit allen Zukunftskräften des Volkes im Bunde zu sein. So erzwang der Krieg schließlich doch nur, was innerlich längst notwendig war.

Also ist in diesen Jahren die deutsche und die preußische Verfassungsgeschichte von neuem und immer stürmischer in Fluß geraten, und hinter den verfassungsrechtlichen Formalien sehen wir überlebte Bestandteile unserer gesellschaftlichen Ordnung zu Boden fallen, deren klassenstaatlicher Charakter mit der demokratischen Opferkraft unseres Volkes nicht mehr vereinbar war. Von den Reformen selber, in deren Mitte der Übergang zum gleichen Wahlrecht auch in Preußen und das Auffuchen einer organischen Fühlung zwischen Reichsleitung und Volksvertretung, eine neue deutsche Form des Parlamentarismus, standen, sei hier im einzelnen nicht die Rede. Der Zweck dieser Reformen konnte dabei nicht sein, einem theoretischen und niemals allgemeingültigen Ideal zu genügen, oder gar die feindlichen Erisäpfel folgjam aufzuheben, sondern er war deutsch in einem doppelten Sinne: der unvergleichlichen Leistung eines reifen Volkes auch nach innen einen verfassungsmäßigen Ausdruck zu sichern, und damit zugleich, nach dem herrlichen Worte Gneisenaus, aus dem Arsenal der Gegner Waffen zu entnehmen, um ihn zu überwinden. Wir mußten nun vollends, um noch einmal mit Ranke zu sprechen, um unserer Weltstellung und unserer Zukunft willen, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einrichten, uns zu behaupten.

Und wieder haben wir, lauter als jemals, die Stimmen der kurz-  
sichtigen Politiker gehört, die die inneren Bedingungen aller äußere-  
ren Macht verkannten und in der unerhörtesten aller Belastungs-  
proben an der getrennten Buchführung festhalten wollten. Sie  
möchten auch jetzt noch das Unaufschiebbar verschoben, um sich  
selbst (samt allen ihren Besitztiteln von gestern und heute) zu kon-  
servieren — als wenn eine frühzeitigere und freiwilligere Umbil-  
dung nach innen und außen nicht viel wirksamer hätte ausfallen  
müssen. Man kann begreifen, daß in gewisser Weise gerade die  
Gesamtlage dazu beitrug, den notwendigen Prozeß zu verlang-  
samen. Je gehässiger unsere Feinde das Wesen unseres Staates  
angriffen, desto mehr waren wir geneigt, das Ganze dieses Staates  
zu verteidigen. Je erdrückender die Probleme des Weltkrieges,  
mit allen ihren Sorgen und Illusionen, den deutschen Menschen  
überfielen, um so mehr verdunkelten sie das eine, was not tat.  
Trotz alledem: von welcher Bedeutung wäre es gewesen, wenn,  
auf der Höhe unserer Siege und unserer freien Bewegung, ein  
führender Staatsmann, wenn die großen Parteien die Erkenntnis,  
die vielen dämmerte, in die Tat umgesetzt hätten!

Das ist ja die Lehre, die der Krieg allen Gliedern der kämpfen-  
den Staatengesellschaft auferlegt: sehen wir doch heute auch Groß-  
britannien, anders als in der napoleonischen Epoche, in einen radi-  
kalen Umbau seiner Institutionen eintreten. Für uns aber, in  
unserer Weltlage und bei dem Stande unserer Verfassungsentwick-  
lung gilt das in höchstem Maße. Der äußere Atmosphärendruck,  
der auf uns am stärksten lastet, verlangt auch die höchste Elastizität  
aller nur verwendbaren dynamischen Gegenkräfte. Ein Krieg, der  
sämtliche materiellen und seelischen Kräfte des gesamten Volkes  
so grenzenlos in Anspruch nimmt, kann nur unter innerlichster Süh-  
nung zwischen Staatsleitung und Gesamtheit, unter restloser Gleich-  
setzung von Staat und Volk, in einem lückenlosen seelischen Zusam-  
menklang zum Abschluß gebracht werden. So hat sich das Gebot,  
eine neue Synthese zwischen Macht und Freiheit zu finden, in den



Kriegsjahren immer überwältigender auf uns gelegt. Wie sie sich gestalten wird, ist eine Frage der Zukunft, daß sie eine wahre Synthese der inneren und äußeren Sphäre darstelle, wie sie von der Weltlage der deutschen Nation verlangt wird, das ist entscheidend. Wer nur die eine Seite sehen wollte, nur die Macht oder nur die Freiheit, der ist verloren — wir müssen beide da ergreifen, wo sie am tiefsten ineinander wirken. Denn damit werden wir selber als Staat und Volk am stärksten sein.

Werden aber die besonderen Lebensbedingungen gerade unserer Weltlage, wie sie in den Traditionen unserer Geschichte sich widerspiegeln, auf den neuen Wegen, die wir jetzt beschreiten, auch voll zur Geltung kommen? Wird eine freiheitliche Neuordnung, wenn sie auch auf den äußeren Machtwillen des Staates übergreift, diesem so gerecht werden können, wie er es erfordert? Diese Fragen nötigen uns, zum Schluß noch eine Seite unseres Problems in einem allgemeineren Zusammenhange wieder aufzunehmen.

### VIII.

Die Leitung der auswärtigen Politik eines Staates wird immer da liegen, wo der Schwerpunkt seiner politischen Gewalten ruht. So war sie in dem alten Staate ein selbstverständliches Monopol des Herrschers oder der herrschenden Klasse, die sich mit dem Lebenswillen ihres Staates identifizierten und ihn darum nach außen hin allein zur Geltung zu bringen gewillt waren. Die Träger der Macht, mochten es nun Dynastien oder Aristokratien gleich der venetianischen oder englischen sein, nahmen dieses Vorrecht um so mehr in Anspruch, als gerade sie die notwendige Einheit wahren und eine feste Tradition ausbilden konnten, innerhalb deren die besonderen Lebensbedingungen ihres Staates einen konstanten und sozusagen erblichen Ausdruck fanden. So haben sie im 17. und 18. Jahrhundert die Aufgabe vollbracht, die ihnen damals niemand hätte abnehmen können: sie sind die Schöpfer der historischen Individualitäten der großen Mächte geworden.

In dem absoluten Staate wird der König, ob er nun sagt: „Der Staat bin ich“, oder sich nur als den ersten Diener des Staates bekennt, sich in jedem Falle, weil er sich und niemanden anders als lebendige Verkörperung der Staatspersönlichkeit empfindet, gerade in der auswärtigen Sphäre als unersehblich ansehen: „ist es aber schon notwendig, daß der Herrscher die inneren Angelegenheiten seines Staates selber lenkt, um wieviel mehr muß er dann die äußere Politik selber leiten“, heißt es im Politischen Testament Friedrichs des Großen von 1752. Diese traditionelle Überzeugung, der gerade in Preußen unsterbliche Leistung verdankt wird, pflegt sich in Dynastien auch dann noch fortzupflanzen, wenn die absoluten Formen ihre alte Kraft verloren haben. Man sieht die Träger der Kronen der Einführung von konstitutionellen Verfassungen gerade darum innerlichst widerstreben, weil sie befürchten, daß sonst die konsequente Behauptung der Wesensart ihres Staates an ihrer empfindlichsten Stelle unterbrochen werden möchte. Mit diesem Gedankengange bekämpfte der Prinz von Preußen die Verfassungsentwürfe seines königlichen Bruders: „Preußens politische und geographische Lage als Großmacht im europäischen Staatenbunde und zugleich als Teil des Deutschen Bundes erlaubt nicht, daß dessen Monarchie durch konstitutionelle Institutionen in seinem freien Bewegen behindert werde. Aber auch alle Institutionen, die den konstitutionellen sich nähern oder in diese überzugehen drohen, sind daher für Preußen nicht annehmbar.“ (Denkschrift vom November 1845.) Es war somit die Sorge um die Stellung Preußens in der Welt, als den Kern seiner großmächtlichen Lebensattribute, die ihn grundsätzlich vor inneren Verfassungsexperimenten warnen ließ. Erst als ihm die Grundlagen aller preußischen Außenpolitik verschoben zu sein schienen, gab er seinen Einspruch, an dem er bis zur Revolution festhielt, schmerzbewegt auf. So konnte er am 16. Mai 1848 an Leopold von Gerlach schreiben: „Ich kannte und träumte ein selbständiges Preußen, eine Großmacht des europäischen Staatensystems, und für dieses Preußen paßte keine andere Konstitution; für das

nummehr in Deutschland aufgehende Preußen ist eine Konstitution sogar nötig.“ Die Richtigkeit dieser Antithese sei dahingestellt: was der Prinz übersah, war die Tatsache, daß der Staat, hundert Jahre nach Friedrich dem Großen, nicht mehr auf der Dynastie, sondern auf der Nation ruhte, und daß die an sich erforderliche Unabhängigkeit seiner Außenpolitik nicht unter allen Umständen durch das konstitutionelle System gestört zu werden brauchte.

Denn diese Unabhängigkeit und Einheitlichkeit der Außenpolitik hat Bismarck, der eigentliche Erbe dynastischer Allmacht in der Staatsleitung, auch in dem preussischen Verfassungsstaate zu behaupten vermocht. Wenn wir seine Staatskunst um ihre letzten Prinzipien befragen, so stoßen wir auf Einheitlichkeit der inneren und der äußeren Leitung, und zumal innerhalb der äußeren Sphäre, als der überragenden, auf Einheitlichkeit des politischen Willens schließlich. Die Verknüpfung der inneren und der äußeren Politik wurde für ihn zu einem seiner geläufigsten *arcana imperii*: von seinen Anfängen bis in die letzten Tage seiner Amtsführung hat er mit Vorliebe die auswärtige Hebelkraft benutzt, um die Probleme der inneren Lage zu meistern, und zugleich die inneren Formen immer wieder den äußeren Lebensnotwendigkeiten anzupassen verstanden. Die Weltlage, die dem Deutschen Reiche auferlegt ist, nötigte ihn, den Augenpunkt für den Kurs, den er steuerte, immer nach außen hin zu orientieren. Von keinem Erfahrungssatze war er lebhafter durchdrungen als von der Erkenntnis, daß in der inneren Politik manche Entschlüsse so oder so, zu dieser oder zu jener Zeit gefaßt werden könnten, während in der äußeren Politik der verpaßte Moment niemals wiederkehre und eine nur geringe Abirrung von dem richtigen Kurse schließlich zu einer veränderten Geleisrichtung von unabsehbaren Folgen führen könne.

Darum wachte er in der auswärtigen Sphäre auf das eifrigste darüber, die Einheit des politischen Willens gegen alles, was ihn ablenken oder durchkreuzen konnte, zu behaupten. Noch in den „Gedanken und Erinnerungen“ klingt das Vermächtnis seiner

Sorge wider: „Eine wirkliche Verantwortlichkeit in der großen Politik kann nur ein einzelner leitender Minister, niemals ein anonymes Kollegium mit Majoritätsabstimmung leisten.“ Er selber, der gewissermaßen in das Verfassungszentrum der öffentlichen Gewalten gerückt war, vermochte sich ein Vierteljahrhundert lang in einer unvergleichlichen Leistung gegen sie alle durchzusetzen. Einmal gegen die Organe des preußisch-deutschen Verfassungsstaates, die vor der Überlegenheit des Reichsgründers verstummen mußten: der Bundesrat, dessen Kontrollorgan auf dem Papiere verblieb, das Parlament, dessen Widerspruch gegen seine äußere Führung immer seltener wurde, die öffentliche Meinung, deren Lärm von rechts und links ihn immer wieder ohnmächtig umtobt hat. Aber auch gegen die Gewalten, die aus dem alten Staate in das neue Reich herübergetreten waren: gegen den Monarchen, der ererbte Gefühle der Verantwortlichkeit noch keineswegs aufgegeben hatte, und gegen militärische Einflüsse in Krieg und Frieden, die sich hinter den Monarchen stellen und zu Zeiten, wie nun einmal die preußischen Traditionen beschaffen waren, zu einer Gefahr für die Einheitlichkeit seiner Politik werden konnten. Bismarck hat nicht umsonst in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ das Kapitel „Nikolsburg“ geschrieben, nicht umsonst die Reihe der militärischen Durchkreuzungsversuche von 1867, 1875 und „später noch einmal“ als Beispiele eines fremden Ablenkungswillens warnend vorgeführt. Er handelte so nicht aus einer Selbstherrlichkeit oder aus einem Macht Hunger, die nach dem Zeugnis Europas gesättigt sein durften, sondern aus der tiefen Überzeugung, daß kein Land so sehr wie das Deutsche Reich, bei seiner historisch-geographischen Weltlage und dem Verwickeltsein aller seiner äußeren Beziehungen, in dem äußeren Kurse des Staatsschiffes die Stetigkeit einer Magnetnadel erfordere.

Das also wird die letzte Frage sein: läßt diese große Tradition unserer auswärtigen Politik, die schon nach dem Jahre 1890 nicht durchgehalten werden konnte, läßt sich das höchste Gebot der Ein-

heit des politischen Willens in Einklang bringen mit jenen fortschreitenden Neuordnungen, die der „Druck der Weltstellung“, um das Wort des Kaisers vom 30. September 1918 zu gebrauchen, heute nötig gemacht hat?

#### IX.

Wir erinnern uns noch einmal der Grundtatsache unserer nationalen Existenz, unserer Mittellage, die uns unter andere Lebensbedingungen gestellt hat als etwa England oder Amerika. Diese Lebensbedingungen können durch einen Völkerbund und ein neues Zeitalter völkerrechtlicher Gesittung gemildert, aber ihrem Wesen nach niemals aufgehoben werden, denn in jeder Zukunftsordnung der Welt bleibt das Streben eines Staates nach Unabhängigkeit eine elementare Äußerung seines Lebenswillens. Um dieser Unabhängigkeit willen können wir, weniger als irgendein Staat, die Zusammenfassung unserer Kräfte nach außen hin nicht aufgeben, sondern müssen die Ungunst unserer Schicksalsstellung durch innere Stärke auszugleichen versuchen.

Wir haben aber gesehen, daß starke Politik nach außen nur in lebendigem Einklang mit der Gesamtnation durchgeführt werden kann: das ist für uns Deutsche eine der ernstesten Lehren des Weltkrieges geworden. Möchte der Gang unserer Staatsentwicklung es mit sich bringen, daß früher manche Parteien bei uns in der Auslandspolitik nur ein Spezialinteresse herrschender Klassen erblickten, heute sind sie sämtlich in harter Schule zu dem Verständnis herangereift, daß es sich in ihr um den Lebenswillen der Gesamtnation handelt. Die Aufgabe ist, diesen Lebenswillen so zu verkörpern, daß seine Verwirklichung den Interessen und Idealen aller entspricht. Die Massen müssen dazu erzogen und dazu bereit sein, das, was man Weltpolitik nannte, mit zu stützen, sonst ist die Basis nach innen zu schmal, um die Last nach außen zu tragen. Das berufene Organ des Volkes, das Parlament, muß dazu reif geworden sein, in den Wechselbeziehungen und Spannungen zwischen äußerer und innerer Politik die Verantwortung selber

zu übernehmen: dazu wird auch seine tätige Mitwirkung erforderlich werden.

Darin also liegt das Problem dieser Stunde: Bedeutet diese Wendung, vor der wir heute stehen, nicht ein Aufgeben der Bismarckschen Staatspraxis, der einzigen großen Tradition unserer Auslandspolitik? Lassen sich von dem Gründer unseres Reiches nicht die Aussagen häufen, die eine Parlamentarisierung gerade für die Auslandspolitik für ebenso gefährlich erklären, wie der Prinz von Preußen die europäische Stellung des alten Preußen durch ein bloßes Annähern an konstitutionelle Einrichtungen bedroht sah? Das alles steht außer Zweifel. Aber welche vernichtende Kritik würde gerade Bismarck an der Art und Weise geübt haben, wie während dieses Krieges die politische Willensbildung in der Reichsleitung in entscheidenden Momenten erfolgte? Würde er nicht, um der Sache halber, jedes Heilmittel gegen die Zersplitterung dieses äußeren Willens ergriffen haben, auch wenn die Form neu war, in der es sich darbot?

Daß auch eine parlamentarische Verfassung eine konsequente Auslandspolitik ermöglicht, beweist unwiderleglich die englische Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Dabei ist allerdings zweierlei zu bemerken: einmal, daß allein die besondere insulare Situation Großbritanniens die Ausbildung dieses Systems auch nach außen hin erleichtert hat, und zweitens, daß das System sich tatsächlich zuweilen als schädlich für die Einheitlichkeit der Außenpolitik erwiesen hat. In der Beurteilung aber wird man unter allen Umständen unterscheiden müssen zwischen der großen Linie der Auslandspolitik und ihrer technisch-diplomatischen Durchführung im einzelnen.

Die technische Seite des Betriebs widerstrebt ihrer Natur nach der Einfügung in die parlamentarische und öffentliche Geschäftsbehandlung: wer sich hier von dem Gebot eines diskreten Verfahrens dispensieren wollte, würde sich praktisch nur dem Gegenüber gegenüber in ungleiche Bedingungen des Wettbewerbs begeben. Bezeichnenderweise hat in dem Mutterlande des Parla-

mentarismus selber das Parlament kaum jemals einen wirklichen Einfluß auf den diplomatischen Geschäftsgang ausgeübt; weder damals, als Lothar Bucher und Karl Marx an der Praxis Palmerstons die tatsächliche Einflußlosigkeit des Parlaments nachwiesen, noch während der bekannten Vorgeschichte des Weltkriegs, die von neuem den Ruf nach einer „democratic control“ der Diplomatie hervorgebracht hat. Denn die Surrogate, mit denen die englische Parlamentspraxis diesen Zustand verdeckt, das virtuos ausgebildete System der neugierigen Anfragen und nichts sagenden Antworten, oder die nachträglich zu bestimmten Zwecken hergerichteten Blaubücher haben mit jener Forderung nichts zu schaffen.

Anders steht es mit der großen Linie der auswärtigen Politik, auf die der Wille der Majorität des Parlaments oder der unwiderstehliche Druck der „public opinion“ allezeit entscheidend eingewirkt hat. Gewiß hat der Wechsel der Parteiregierungen lange Zeit ein Moment der Unsicherheit in die Auslandspolitik gebracht, und noch Bismarck glaubte aus diesem Grunde die Bündnisfähigkeit des parlamentarischen Inselreichs geringer einschätzen zu müssen. Aber heute gehört auch dieser Zustand der Vergangenheit an. Es war ein denkwürdiger Vorgang, als das englische konservative Ministerium, das die grundsätzliche Orientierung gegen das Deutsche Reich eingeleitet hatte, unmittelbar vor der Übergabe der Geschäfte an die Liberalen, im November 1905 öffentlich durch den Mund Lansdownes erklären ließ: „Die auswärtige Politik müsse in diesen Tagen, in denen die Völker sich gruppieren und bis an die Zähne sich bewaffneten, und in denen keine Nation, die ihren Platz in der Weltpolitik einnehmen wolle, wagen dürfe allein zu stehen, eine kontinuierliche sein.“ Die Einheitlichkeit des weltgeschichtlichen Kurses der Einkreisungspolitik war in diesem Augenblick grundsätzlich gegen alle Schwankungen der Parlamentsmajoritäten sichergestellt worden.

Kehren wir nun zu dem deutschen Beispiel der Gegenwart noch einmal zurück, so wird die Form, in der die Parlamentarisierung

auf die äußere Politik übergreifen kann, deutlicher werden. Es ist damit nicht gesagt, daß die Leitung der auswärtigen Politik im parlamentarischen System kollegial oder halböffentlich in Hauptausschüssen betrieben werden könne: dazu fehlt es, wie die Beispiele des letzten Jahres erwiesen haben, gerade den Deutschen an Routine und an Erziehung. Sie wird sich auch künftig in die Seele und den Willen eines einzelnen Mannes, in die Persönlichkeit einer Führernatur umsetzen müssen. Aber dieser Führer muß mit der Mehrheit des Parlaments in dauernder Fühlung über die große Linie stehen, auf der seine Auslandspolitik marschiert, und er wird dieses Einvernehmens bedürfen, um seinen Weg unbeirrbar und kraftvoll fortzusetzen. Die Voraussetzung ist, daß die Parlamentsparteien die Verantwortung, die sie auf sich nehmen, in ihrem vollen Umfange erkennen: ihre innere Erziehung muß so fortschreiten, daß sie in den Lebensfragen der Nation alle subalternen Parteiinteressen hinter sich werfen, um gleich den englischen Parteien zu Trägern einer kontinuierlichen und einheitlichen Außenpolitik zu werden. Eine überragende Figur von den weltgeschichtlichen Dimensionen Bismarcks mochte eigenkräftig genug sein, um aller Gegenwirkungen Herr zu werden. In der Zukunft mag aber gerade der starke Rückhalt des Reichstages dazu beitragen, dem politischen Willen des verantwortlichen auswärtigen Ministers jene Stetigkeit zu sichern, die die Bedingung alles Erfolges ist: das heißt, unter veränderten Formen in der Sache das zu leisten, was gerade Bismarck durch die Macht seiner Persönlichkeit behauptet hat. Sollte es dazu kommen, so wird auch ein aus parlamentarischer Auslese aufgestiegener Führer das Erbe großer Könige und allmächtiger Minister zum Segen der Nation verwalten können. Wie auf das Jahrhundert Friedrichs des Großen das Zeitalter der Reformer gefolgt ist, so wird auch auf das Jahrhundert Bismarcks eine neue Zeit, nach innen wie nach außen, folgen müssen, um wieder aufzubauen und fortzuführen.

Die politischen Formen wechseln, aber der letzte Inhalt alles



Staatslebens bleibt der gleiche. Friedrich der Große hat in seinem Politischen Testament Finanzen, Politik und Heerwesen als unzertrennlich bezeichnet: „sie müssen in gradgestreckter Flucht, Stirn an Stirn gelenkt werden, wie das Viergespann im olympischen Wettkampfe.“ Heute ist es der Wille der Nation, der in dem Wagenlenker sichtbar lebendig sein muß. Dieser Wille wird in jedem Augenblick Äußeres und Inneres, die Sphäre der Macht und die Sphäre der Freiheit, gleichmäßig umspannen, eingedenk, daß von ihrer Zusammengehörigkeit das Wort Goethes von der Natur gilt:

Natur hat weder Kern noch Schale,  
Alles ist sie mit einem Male.

Denn Macht und Freiheit eines Staates sind nicht Gegensätze, sondern sie bedingen sich wechselseitig und sind unlöslich ineinander verflochten. Sie sind „alles mit einem Male“: die verschiedenen Auswirkungen eines einzigen unsterblichen Lebens.

Don 1894–1909 erschienen im Verlag v. R. v. Zahn & Jaensch in Dresden

# Jahrbuch der Gehe-Stiftung

## Band I–XIV

enthaltend folgende, auch einzeln verkäufliche Vorträge und Abhandlungen.  
Als nichts anderes bemerkt, je 1 M.

### I. Band.

- † **F. Meist**, Dr., Prof. in Zürich, Gesetzgebung und Rechtsstudium der Neuzeit. (2 M.)  
**Karl Meier**, Dr., Prof. in Erlangen, Die Stellung des modernen Staates zur Religion.  
† **W. Lexis**, Dr., Geh. Ober-Reg.-Rat, Prof. in Göttingen, Der gegenwärtige Stand der Währungsfrage.  
**Ladand**, Dr., Erz. Wirtl. Geh. Rat, Prof. in Straßburg i. E., Die Wandlungen der deutschen Reichsverfassung.

### II. Band.

- Julius Wolf**, Dr., Geh. Reg.-Rat, Prof. in Berlin, Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. Nebst Anhang.  
**Karl Rathgen**, Dr., Prof. in Hamburg, Die Entstehung des modernen Japan.  
**Rudolf Leonhard**, Dr., Geh. Justizrat, Prof. in Breslau, Ein Überblick über das neue Bürgerliche Gesetzbuch.  
**S. A. Anton**, Dr., Prof. in Jena, Die Entwicklung des französischen Kolonialreiches.  
**Otto von Sierke**, Dr., Geh. Justizrat, Prof. in Berlin, Der Sammel des neuen Handelsgesetzbuches.  
**W. Joh.**, Dr., Geh. Hofrat, Prof. in München, Die Börsenreform.  
† **Robert Buttkä**, Dr., Geh. Hofrat, Prof. in Dresden, Die erwerbstätigen Frauen im Deutschen Reich.

### III. Band.

- Sophus Bugge**, Dr., Prof. in Dresden, Die Entdeckung des Seewegs nach Ostindien durch Vasco da Gama 1497/98.  
**Karl Pöcher**, Dr., Geh. Hofrat, Prof. in Leipzig, Die Wirtschaft der Naturvölker.  
**Paul Herrmann**, Dr., Geh. Justizrat, Prof. in Göttingen, Vollerrecht und Gesetzesrecht.  
**Karl Fehling**, Dr. jur., Erz. Wirtl. Geh. Rat, Prof. em. in Sretburg i. Br., Die rechtliche Stellung des Kaisers im heutigen Deutschen Reich.  
**Eduard Meyer**, D. Dr., Geh. Reg.-Rat, Prof. in Berlin, Die Sklaverei im Altertum.

### IV. Band.

- † **Hermann Behm**, Dr., Prof. in Straßburg, Unitarismus und Föderalismus in der deutschen Reichsverfassung.  
**Wilhelm Stieda**, Dr., Geh. Hofrat, Prof. in Leipzig, Das Hausiergewerbe in Deutschland.  
**Paul Hoffmann**, Dr., Geh. Ober-Regierungsrat in Dresden, Der gegenwärtige Weltverkehr.  
**Franz v. Sijst**, Dr., Geh. Justizrat, Prof. in Berlin, Das Verbrechen als sozialpathologische Erscheinung.  
† **Jul. Post**, Dr., Wirtl. Geh. Ober-Regierungsrat, Prof. in Berlin, Neuere Richtungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege.

### V. Band.

- Arthur Dieckel**, Dr., Geh. Reg.-Rat, Prof. in Bonn, Weltwirtschaft und Volkswirtschaft, und  
**Ed. Pietermann**, Die Gehe-Stiftung in den ersten 15 Jahren ihrer Tätigkeit. (4 M.)

### VI. Band.

- Theodor Biegler**, Dr., Prof. em. in Frankfurt a. M., Indotribualismus und Sozialismus im Geistesleben des 19. Jahrhunderts.  
**Friedrich Stein**, Dr., Prof. in Leipzig, Die Kunst der Rechtsprechung.  
**Heinrich Erpelst**, Dr., Geh. Justizrat, Prof. in Berlin, Wahlrecht und Wahlpflicht. (1 M. 20 Pf.)  
† **Friedrich Paulsen**, D. Dr., Prof. in Berlin, Parteipolitik und Moral.  
**Ludwig Pöhl**, Dr., Geh. Reg.-Rat, Prof. in Leipzig, Die neuere Entwicklung des Kleinhandels.

### VII. Band.

- Friedrich Vejnér**, Dr., Hofrat, Prof. in Wien, Verwaltungsrechtspflege mit Hinblick auf das neue tschechische Verwaltungsgerichtsgelehr.  
**Herner Sombart**, Dr., Prof. in Berlin, Technik und Wirtschaft.  
† **Hermann Seuffert**, Dr., Prof. in Bonn, Die Bewegung im Strafrechte während der letzten dreißig Jahre. (3 M.)

### VIII. Band.

- † **Sophus Bugge**, Dr., Prof. in Dresden, Die transsibirische Eisenbahn.  
**Franz Klein**, Dr., Erz. Wirtl. Geh. Rat u. Justizminister a. D. in Wien, Selt- und Selbsterströmungen im Prozeß.  
† **Max von Siedel**, Dr., Prof. in Münster i. W., Das Problem d. Warenhändler u. d. Warenhaussteuer.  
**S. A. Anton**, Dr., Prof. in Jena, Ein Zollbündnis mit den Niederlanden.  
**Johannes Fuchs**, Dr., Prof. in Tübingen, Die Grundprobleme der deutschen Agrarpolitik in der Gegenwart.  
**Rudolf Stammfer**, Dr., Geh. Justizrat, Prof. in Berlin, Die Gesetzmäßigkeit in Rechtsordnung und Volkswirtschaft.